

## Europa wagt mehr Demokratie

Am 19. März 2008 feierte das Europäische Parlament sein 50-jähriges Bestehen. Seit der Gründung vor 50 Jahren und der ersten Direktwahl vor nahezu 30 Jahren hat es in einer dynamischen Entwicklung einen weiten Weg zurückgelegt, um die parlamentarische Demokratie auf europäischer Ebene mit Leben zu erfüllen. Bereits heute richtet sich der Blick auf die nächste Europawahl im Juni 2009: Die Wahlbeteiligung wird ein wichtiger Gradmesser dafür sein, wie die Bürgerinnen und Bürger aus 27 Mitgliedstaaten ihre gemeinsame Volksvertretung einschätzen.

### BLICK NACH VORN RICHTEN

Pierre Pflimlin, Präsident des Europäischen Parlaments von 1984 bis 1987, war berühmt für seine besondere Gabe, auf junge Menschen zuzugehen und sie für Europa zu begeistern. Auf die Frage nach dem Geheimnis seiner Wirkung antwortete er im Alter von 90 Jahren: „Wenn es um Europa geht, richte ich den Blick nie zurück, ich schaue immer nur nach vorn.“ Okay, teilen wir also Pflimlins Blickrichtung und wenden uns der Zukunft zu.

### ZENTRALE ROLLE

Am 1. Januar 2009 wird, wenn bei der Ratifizierung alles nach Plan läuft, der Reformvertrag von Lissabon in Kraft treten. Auf dieser Grundlage werden die Bürgerinnen und Bürger bei der Europawahl im Juni 2009 ihre Stimme abgeben können für ein Parlament, das seine zentrale Stellung im Gefüge der Institutionen gefunden hat. Die aktuelle Eurobarometer-Umfrage zeigt, dass die Bürger die zentrale Rolle des Europäischen Parlaments nicht mehr unterschätzen. Der Volksvertretung werden die meisten Entscheidungsbefugnisse zugeschrieben, mit weitem Abstand vor Kommission und Rat. Aber Achtung, an einem anderen Punkt zieht der „Publikumsjoker“ noch nicht: In Deutschland glaubt nur ein Drittel der Bevölkerung, dass das Europäische Parlament den Bürgern ausreichend zuhört. Hier gibt es



Am 19. März 1958 kamen erstmals die damals noch von den nationalen Parlamenten entsandten Delegierten zur Parlamentarischen Versammlung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) zusammen. Mitte der 60er Jahre entstand mit der Zusammenlegung der Organe von EWG, Euratom und EGKS das Europäische Parlament, welches 1979 erstmals direkt von der Bevölkerung gewählt wurde. Bild: Europäisches Parlament

bis zur Europawahl noch viel zu tun.

### RAUMSCHIFF BRÜSSEL

Der Vertrag von Lissabon, den eine große Mehrheit der Europa-Abgeordneten unterstützt, wird diese demokratische Komponente noch weiter ausbauen. So werden durch Lissabon die demokratischen Grundlagen gestärkt: Das Europäische Parlament (Bürgerkammer) und der Rat (Staatenkammer) entscheiden gleichberechtigt über die europäischen Gesetze. Die parlamentarische Mitentscheidung ist die Regel, die durch wenige Ausnahmen (zum Beispiel Steuerpolitik) bestätigt wird. Auch in den Haushaltsrechten wird das Parlament aufgewertet. Bisher waren die Agrarausgaben der parlamentarischen Mitentscheidung entzogen; diese Extrawurst hat nun ein Ende. Auch die Europawahlen werden zum Hebel für eine bessere demokratische Kontrolle. Erst wählen die Bürgerinnen und Bürger ihre Abgeordneten, dann wählen diese Bürgerverepenter den Kommissions-Chef und sagen Ja oder Nein zu seiner Crew. So kann die Einsetzung der Kommission nicht mehr losgelöst vom Ergebnis der Europawahl erfol-

gen, das administrative „Raumschiff Brüssel“ wird mitgesteuert von der demokratischen „Bodenstation“, den Wählerinnen und Wählern in 27 Mitgliedstaaten. Besondere Aufmerksamkeit gilt dabei den jungen Wählern. Um es mit Pierre Pflimlin zu sagen: „Den Glauben an Europa müssen wir bei der Jugend wecken.“

Dr. Klaus Löffler  
Leiter des deutschen Informationsbüros  
des Europäischen Parlaments

## Aus dem Inhalt

Mehr Informationen erwünscht Umfrage zum Euopaparlament	2
Europa nützt uns Zum Beispiel als Student	3
Was können wir Europa geben? Aus dem Dachverband UEF	4/5
Strategie – Europawahl – Bildung – Erweiterung Aus den AGs des Bundesverbandes	6/7

## Mehr Informationen erwünscht

### Eurobarometer-Umfrage zum Europäischen Parlament

Die EU-Bürger sehen im Europäischen Parlament eine maßgebliche Instanz im Gefüge der EU-Institutionen, wünschen sich aber mehr Informationen über seine Arbeit. Nur wenige wissen, wann die nächsten Europawahlen stattfinden. Bekämpfung des Terrorismus, Klimawandel sowie Gesundheit und Verbraucherschutz sind aus der Sicht der Bürger die wichtigsten Themen, um die sich die EU in nächster Zeit kümmern soll. Das sind die Ergebnisse einer in den vergangenen Monaten veröffentlichten repräsentativen Eurobarometer-Umfrage.

Das Europäische Parlament wird von 43 Prozent der Unionsbürger als die Institution mit der größten Entscheidungsbefugnis in der EU gesehen. 14 Prozent halten die EU-Kommission für die einflussreichste Institution, zehn Prozent den Ministerrat. 45 Prozent sagen, dass der Einfluss des Europaparlaments in den letzten zehn Jahren gewachsen sei. 46 Prozent sehen keine Veränderung oder wissen darüber keine Aussage zu treffen. Der Rest (acht Prozent) meint, der Einfluss des Parlaments sei zurückgegangen.

#### POSITIVES IMAGE

41 Prozent der Befragten geben an, dass sie ein neutrales Bild des Europaparlaments haben, während 39 Prozent einen positiven Eindruck haben. Zu den Eigenschaften, die dem Europäischen Parlament mehrheitlich zugeschrieben werden, gehören „demokratisch“ und „dynamisch“. Eine Mehrheit ist der Auffassung, dass das Parlament „auf die Bürger hört“, aber mehr als die Hälfte (55 Prozent) stellen einen Mangel an Bekanntheit fest. Dies spiegelt sich auch darin wider, wie sich die Bürger über das Europäische Parlament und seine Arbeit informiert fühlen. 73 Prozent sagen, dass sie schlecht oder sehr schlecht über dessen Tätigkeit informiert sind. Allerdings geben 42 Prozent an, in letzter Zeit in den Medien etwas über das Europaparlament gelesen, gesehen oder gehört zu haben. 24 Prozent fühlen sich gut informiert.



50 Jahre nach der ersten Sitzung des Europäischen Parlaments sieht der Blick ins Plenum in Straßburg deutlich verändert aus. Die Anzahl der Abgeordneten hat sich in einem halben Jahrhundert nahezu verdreifacht.  
Bild: Europäisches Parlament

#### WANN WIRD GEWÄHLT?

Die Meinungsforscher haben auch durch Sachfragen das Wissen der Bürger über das Europäische Parlament getestet. Die Ergebnisse lassen noch weiten Raum für Verbesserungen: 75 Prozent konnten keine Aussage darüber machen, wann die nächsten Europawahlen stattfinden werden. Nur 12 Prozent konnten eine richtige Antwort, nämlich das richtige Jahr (zehn Prozent) beziehungsweise den richtigen Monat (zwei Prozent) angeben. Das Europäische Parlament wird alle fünf Jahre von den Bürgern der Mitgliedstaaten direkt gewählt – die nächsten Wahlen finden im Juni 2009 statt.

Mehr als die Hälfte der Befragten ist der Auffassung, dass das Europäische Parlament bei der Gesetzgebung eine wichtige Rolle spielt: 55 Prozent nennen die Begrenzung der Roaming-Gebühren für Mobiltelefonate im Ausland als Erfolg, 65 Prozent die Schwarze Liste der als unsicher eingestuften Fluggesellschaften, und 70 Prozent sind der Meinung, bei der Chemikalien-Verordnung REACH haben das EP eine wichtige Rolle gespielt.

#### PRIORITÄTEN FÜR DIE ZUKUNFT

Als zukünftige Prioritäten sehen die EU-Bürger den Kampf gegen den Terrorismus (44 Prozent), Klimawandel (40 Prozent) sowie Verbraucherschutz und Gesundheit (39 Prozent). Zu den Werten, die das Europäische Parlament aus Sicht der Bürger verteidigen sollte, gehören die Menschenrechte (58 Prozent), Gleichberechtigung von Mann und Frau (41 Prozent) und Solidarität zwischen den Mitgliedstaaten der Europäischen Union (36 Prozent).

Für die repräsentative Eurobarometer-Umfrage über das Europäische Parlament wurden knapp 27.000 Bürger über 15 Jahren in allen 27 Ländern der Europäischen Union im Herbst 2007 befragt. Die detaillierten Umfrage-Ergebnisse und die Zahlen für die einzelnen Länder sind auf der Webseite des Europäischen Parlaments [www.europarl.europa.eu](http://www.europarl.europa.eu) unter dem Stichwort „Aktuelles“ verfügbar.

Quelle: Europäisches Parlament – Informationsbüro Deutschland ■

## Europa nützt uns – zum Beispiel als Student

**A**ls ich nach meinen ersten Semestern in Tübingen beschloss, ein Jahr in Frankreich zu studieren, setzte ich mich natürlich auch mit dem dortigen Hochschulsystem auseinander und stellte fest, dass es mir als Magisterstudent mit Zwischenprüfung möglich war, innerhalb eines Jahres die französische „Licence“ abzulegen. Nachdem ich mich also – mehr oder minder erfolgreich – durch das Jahr gekämpft hatte und nach Deutschland zurückkehrte, musste ich feststellen, dass weder der Abschluss, den man in Frankreich nach drei Jahren Studium erhält, noch meine durch Prüfungen erbrachten Studienleistungen in Deutschland anerkannt werden konnten. Die Hochschulsysteme waren einfach zu unterschiedlich aufgebaut, und es gab zur damaligen Zeit lediglich ein sehr unzureichendes und kompliziertes System, um im Ausland erbrachte Studienleistungen an der Heimatuniversität zu validieren.

### BOLOGNA-PROZESS

Erfreulicherweise hat sich zwischen 2004 und heute einiges geändert, und auch wenn einige Länder bei der Umsetzung des 1999 initiierten „Bologna-Prozesses“ noch etwas hinterherhinken, kann man sich freuen: Europa ist durch die Einführung der konsekutiven Studiengänge Bachelor und Master auf einem guten Weg, ein System leicht verständlicher und vergleichbarer Abschlüsse zu schaffen. Durch die Einführung des European Credit Transfer Systems (ECTS), das nach einem bestimmten Modus Punkte für Lehrveranstaltungen vergibt, ist es nun auch möglich, Leistungen von Studierenden an unterschiedlichen Hochschulen vergleichbar zu machen und erbrachte Leistungen bei einem (auch grenzüberschreitenden) Hochschulwechsel einfach anzurechnen. Dies erhöht die Mobilität der Studierenden und bringt Europa näher zusammen!

### VOR- UND NACHTEILE

Kritik an der europaweiten Annäherung differenter Hochschulsysteme mag an so

mancher Stelle nicht ganz unberechtigt sein – es ist klar, dass sich hier ein großer Umbruch in der europäischen Bildungslandschaft vollzieht, und natürlich sind mit einem derartigen Paradigmenwechsel auch bestimmte Nachteile und Vorbehalte verbunden. In manchen Studiengängen besteht so durchaus die Gefahr, dass durch die vorgegebenen Inhalte einiger Studiengänge den Studierenden Platz genommen wird, um selbstständig Schwerpunkte zu setzen, wie dies zum Beispiel in den deutschen Magisterstudiengängen seit Humboldt ja nicht nur möglich, sondern auch ausdrücklich erwünscht war. Außerdem gibt es Studiengänge, wie zum Beispiel Jura, in denen eine europaweite Vergleichbarkeit der Abschlüsse nur mit Abstrichen denkbar ist.

### ERFAHRUNGEN AUSWERTEN

Die Zeit und die Erfahrung wird hier zeigen müssen, ob es gelingt, einzelstaatliche Traditionen in der Hochschulbildung in dieses neue System einfließen zu lassen und gleichzeitig die Vergleichbarkeit der Leistungen auf europäischer Ebene weiter zu gewährleisten. Unabhängig davon gilt es aber herauszustellen, dass durch Bologna Historisches geschaffen wurde. Kombiniert mit dem seit über 30 Jahren



Bild: Michael Roth

erfolgreichen ERASMUS-Programm wird hier, da bin ich mir sicher, eine Erfolgsgeschichte geschaffen, die Europa und seinen Bürgern nützt! Derzeit studiere ich übrigens in England und absolviere ganz im Zeichen Bolognas einen Masterstudiengang, der dann in ganz Europa problemlos anerkannt werden wird.

Michael Roth

Landesvorsitzender der Jungen Europäer/  
JEF Baden-Württemberg

### Seminarangebot

*„Europäische Bürger:  
Aktivposten oder Fiktion?  
Partizipationschancen und  
-hindernisse in der EU“*

Wochenendseminar im Rahmen der  
Zusammenarbeit von  
Europa-Union Deutschland mit der  
Europäischen Akademie Berlin

Termin: 9. bis 11. Mai 2008  
Ort: Europäische Akademie Berlin  
(Grunewald)

Teilnahmegebühr für 2 Übernachtungen im EZ inkl. Verpflegung sowie Programmkosten: 110 €, ermäßigt: 50 €  
Teilnahmegebühr ohne ÜN mit Verpflegung: 50 €, ermäßigt: 25 €

Ein verlängerter Berlin-Aufenthalt über die Pfingsttage kann organisiert werden.

Das detaillierte Programm und weitere Informationen sind erhältlich bei der Bundesgeschäftsstelle der Europa-Union [Birgit Köbling, Tel. (030) 303620130] oder der Europäischen Akademie Berlin [Carolin Krauss, Tel. (030) 89595118].

Kurzfristige Anmeldungen sind möglich.

## Was können wir Europa geben? UEF ist im Vorjahr der Europawahl gut aufgestellt

In den letzten Monaten hat die Union Europäischer Föderalisten (UEF) – der europäische Dachverband der Europa-Union – in Brüssel zusammen mit seinen Mitgliedsektionen wieder viele Veranstaltungen planen und umsetzen können. Dazu gehören sowohl die Tagung des UEF-Bundeskomitees in Prag sowie das erweiterte Vorstandstreffen in Turin als auch die UEF-Eastman-Building-Debatte zum Thema EU-Budgetrevison. Ferner sind die Planungen einer UEF-Kampagne in Vorbereitung der Wahlen zum Europäischen Parlament 2009 nahezu abgeschlossen.

### EU-KOMMISSAR SPIDLA IN PRAG ZU GAST

Das Bundeskomitee in Prag tagte im November 2007 unter Beteiligung von mehr als 60 Delegierten. Voraus ging ein Seminar der „Speak up Europe“-Kampagne mit dem Titel „Soziale Dimension und Lebensqualität in der Europäischen Union“. Hier war es der UEF gelungen, den für Beschäftigung, soziale Angelegenheiten und Chancengleichheit zuständigen EU-Kommissar, Vladimir Spidla, zu gewinnen, der seine Standpunkte in einer angeregten Diskussion mit den Anwesenden erläuterte.

### LISSABON-VERTRAG DISKUTIERT

Im Rahmen der eigentlichen Sitzung des Bundeskomitees wurde in den Reihen der Europäischen Föderalisten lebhaft die aktuelle Situation Europas diskutiert und im Detail der Vertrag von Lissabon. Der Vertrag wurde als notwendiger Schritt begrüßt, einen Aus-



Generationswechsel: UEF-Präsidentin Mercedes Bresso mit dem scheidenden Generalsekretär Dr. Friedhelm Frischenschlager (l.), nun Bundesobmann der EFB Österreich, und dem neuen Generalsekretär, Joan Marc Simon (r.)  
Alle Bilder: UEF

weg aus der Phase einer verfehlten Ratifizierung des Verfassungsvertrages zu finden. Trotzdem warnte die UEF einstimmig vor zu großem Optimismus. Man müsse wachsam bleiben und den Ratifizierungsprozess wie auch die Implementierung des Vertrages von Lissabon verfolgen. Der Vertragstext erscheint weiterhin sehr unklar und geht inhaltlich aus föderalistischer Sichtweise nicht weit genug. Klar ist der UEF allerdings auch, dass trotz aller Kritik nun die Ratifizierungsphase zunächst erfolgreich abgeschlossen und unterstützt werden muss.

### KEIN „PRÄSIDENTENKLÜNGEL“

Neben dem Bundeskomitee kamen am 26. Januar mehr als 30 Vertreter der nationalen UEF-Sektionen zu einem erweiterten Vorstandstreffen in Turin zusammen. Hier wurde die Diskussion zum Vertrag von Lissabon fortgesetzt und erste Ergebnisse debattiert. Sehr kritisch betrachteten die Delegierten die zu beobachtenden Verhandlungen und Tendenzen, die Wahl des zukünftigen Präsidenten des Europäischen Rates und des Hohen Vertreters der Europäischen Union für Außen- und Sicherheitspolitik mit der Wahl des Präsidenten der Europäischen Kommission verbinden zu

wollen. Denn in einem solchen Fall würden sich die europäischen Bürger in erster Linie betroffen fühlen, da über die personelle Besetzung der höchsten Ämter in der EU bereits mit dem Moment der Wahl entschieden wäre. Wenn die EU eine wahre supranationale Demokratie werden soll, dürften die Europäischen Parteien keine undurchsichtigen Manöver unterstützen, bei denen schon im Vorfeld über die höchsten Positionen entschieden werde, so die einhellige Meinung der Delegierten.

### ÖFFENTLICHKEIT MOBILISIEREN

Auch werfen sich immer noch Fragen auf, die z.B. die Größe des Kabinetts des Präsidenten des Europäischen Rates betreffen und dessen Rolle im Gefüge der EU. Zudem wird es interessant sein zu beobachten, wo der Hohe Vertreter für Außen- und Sicherheitspolitik angesiedelt werden wird. Der Prozess wird hier – so wie bei der Ausarbeitung des Vertrages von Lissabon – generell immer noch viel zu undurchsichtig gestaltet und zeigt dabei intergouvernementale, statt föderale Tendenzen auf. Die UEF muss hier möglichst früh die Öffentlichkeit mobilisieren und sensibilisieren, damit die außenpolitische Administration möglichst nahe der Europäischen Kommission implementiert wird. Nur so könne dem Effekt eines starken Präsidenten des Europäischen Rates gegenüber einer durch die Anzahl der Kommissare



Debatten am runden Tisch in Turin bei der erweiterten Vorstandssitzung

und durch die geringen finanziellen Mittel geschwächten EU-Kommission entgegen gewirkt werden.

## EUROPAWAHL-KAMPAGNE 2009

Die beschriebenen Elemente wird die UEF konsequenterweise in ihrer Kampagne, die in Vorbereitung der Wahlen zum Europäischen Parlament 2009 aufgelegt wird, behandeln. Eine Arbeitsgruppe entwickelt momentan die Strategie, die am 3. April in Brüssel anlässlich eines Treffens der UEF-Sektionen mit der „Federalist Intergroup“ im Europäischen Parlament der Öffentlichkeit präsentiert werden wird. Ein erster Schritt im Rahmen dieser Kampagne war es, die europäischen und nationalen Parteien zu kontaktieren und aufzufordern, ihre Kandidaten für das Amt des Präsidenten der EU-Kommission zu nominieren und in ihren Wahlprogrammen eine weitere Konstitutionalisierung der EU zu befürworten. UEF-Präsidentin Mercedes Bresso wird mit der politischen Führung der Parteien zusammentreffen, um die Anliegen der Europäischen Föderalisten näher zu erläutern.

## KAMPAGNENFORUM IM INTERNET

Der zweite Schritt wird das Internetforum „Who is your Candidate?“ sein, wo die UEF nach dem Kandidaten für das Amt des Präsidenten der Europäischen Kommission fragt und dafür eintritt, diesen durch das Europäische Parlament und damit durch die Bürger der EU wählen zu lassen. Dieses Forum wurde gemeinsam mit NEW EUROPE, einer dänischen Organisation, entwickelt und wird der Öffentlichkeit am 3. April präsentiert werden. Ziel ist es, dass möglichst viele unterstützende Organisationen dem Projekt als Partner beitreten. Die „Internet-Plattform“ könnte dann nicht nur als Onlinekampagne fungieren, sondern auch die Basis für organisierte Aktionen jeglicher Art darstellen.

## EU-HAUSHALT DISKUTIERT

Neben der Kampagne zu den Wahlen zum Europäischen Parlament werden dieses Jahr auch die schon fast traditionellen UEF-Eastman-Building-Debatten wieder regelmäßig in Brüssel stattfinden. Den Auftakt machte eine Veranstaltung zum Thema „Braucht die Europäische Union eine Budgetrevision in 2009?“ am 27. Februar. Es war gelungen, ein



Erste Eastman-Debatte im Jahr 2008 zur Reform des EU-Haushaltes

hochkarätiges Expertenteam einzuladen: die EU-Kommissarin für Finanzplanung und Haushalt, Dalia Grybauskaitė, und die Europaabgeordnete Janusz Lewandowski (Vizepräsident des Haushaltsausschusses) und Helga Trüpel (Sprecherin der Grünen für Haushaltsfragen). Das Podium wurde vervollständigt durch Indhira Santos, die im Rahmen des „Bruegel Think-Tank“ forscht, und Joan Marc Simon als Generalsekretär der UEF. Die lebhafteste Diskussion konzentrierte sich auf die Frage, ob das Budget der Europäischen Union mit Blick auf die an die EU gestellten Erwartungen nicht deutlich zu niedrig bemessen sei. Auch sei es, speziell bezogen auf die Einnahmestrukturen, deutlich zu intransparent. Joan Marc Simon vertrat die Ansicht, dass „es wichtig ist, die eigenen Ressourcen der EU zu steigern. Wenn wir uns den Finanzen zuwenden, sollten wir nicht immer fragen, was Europa uns geben kann, sondern vielmehr, was wir Europa geben können“.

## BUDGETREFORM BEDEUTET EU-REFORM

Bezogen auf die Transparenz der EU-Finanzen unterstrich Kommissarin Grybauskaitė, dass vergangene Ansätze, den EU-Haushalt zu überarbeiten, sehr undurchsichtig waren. Dies solle sich nun ändern. Alle Staaten hätten schon signalisiert, dass weitreichende Reformen notwendig sind. „Wenn wir über eine Budgetreform sprechen, dann sprechen wir auch über eine Reform Europas“, unterstrich die EU-Kommissarin. Der Europaabgeordnete Lewandowski hielt der Diskussion um eine Änderung des EU-Budgets entgegen, dass die Ausgaben für die Gemeinsame Agrarpolitik seit 1988 von 60 Prozent Anteil

am Haushalt auf heute 33 Prozent gesunken seien. „Das Budget verändert sich und hat sich schon immer verändert. Es ist nicht eingefroren“, betonte der EP-Finanzexperte.

## WELCHE EU WOLLEN WIR?

Letztendlich stellte sich nicht nur Helga Trüpel die Frage „Was für eine Europäische Union wollen wir, und welche Maßnahmen sind notwendig, um den EU-Haushalt fit für die Zukunft zu machen?“. Ein wichtiger Schritt ist für die Grünenabgeordnete, „die gemeinsamen Interessen und den Geist der Europäischen Union zu erhalten. Nur so können wir unsere europäischen Probleme eindämmen“.

## NEUES UEF-PROFIL

Debatten, Diskussionen und weitere Elemente, wie unsere neue UEF-Website [www.federaleurope.org](http://www.federaleurope.org), sollen das Profil der UEF schärfen. Sie möchte sich durch gezieltere Initiativen als europäisches Bürgernetzwerk, das auf lokaler, regionaler, nationaler und internationaler Ebene arbeitet, empfehlen.

Weitere Informationen sind erhältlich über den UEF-Newsletter, der unter [secretariat@federaleurope.org](mailto:secretariat@federaleurope.org) abonniert werden kann. Für zusätzliche Auskünfte ist das UEF-Sekretariat (Joan Marc Simon, Mana Livardjani und Jörg Jansen) unter folgender Adresse erreichbar: Union Europäischer Föderalisten  
Chaussée de Wavre 214 D  
B - 1050 Bruxelles  
Tel.: + 32 (0) 25 08 30 30

Verantwortlich: Joan Marc Simon

## Arbeitsgemeinschaften des Bundesverbandes

### AG Strategie: Mitgliederkampagne diskutiert

Die Europa-Union verliert seit Jahren Mitglieder – zwischen 1999 und 2007 über 3.500. Aber es gibt auch positive Signale: Sechs Landesverbände konnten 2007 einen Mitgliederzuwachs verbuchen, allen voran der Landesverband Sachsen-Anhalt, der sich um ein Drittel vergrößerte, und der Landesverband Baden-Württemberg mit einem Zuwachs von 256 Mitgliedern. Der neue Auslandsverband Brüssel hat bereits nach wenigen Monaten 150 Mitglieder. Die Europa-Union will eine Bewegung für alle Menschen sein. Denn die Europäische Einigung bringt allen Vorteile. Diese Botschaft können wir nur kraftvoll vertreten, wenn wir eine große und lebendige Bewegung sind.

Mit diesem Ziel vor Augen hat die AG Strategie eine Mitgliederkampagne ins Leben gerufen – mit drei Säulen: effektive Strukturen für

Mitgliederbetreuung schaffen, gezielt Multiplikatoren aus Politik und Gesellschaft ansprechen und einbinden und darauf aufbauend, in der Breite mehr Mitglieder gewinnen und das Verbandsleben bereichern. Jetzt kommt es darauf an, dieses Gerüst mit Leben zu füllen. Wir wollen Ideen und Aktivitäten aufgreifen, weiterentwickeln und in die Breite des Verbandes zur Umsetzung geben. Mitmachen ist also gefragt! Auf dem Kongress in Hamburg wurden bereits zwei Beschlüsse gefasst: eine bundesweite Mitgliederdatenbank zu schaffen und einen Vorschlag für die – in der Praxis heute zwischen den Landesverbänden sehr unterschiedliche – Gestaltung der Doppelmitgliedschaft zwischen JEF und Europa-Union zu machen. Nach unserer Diskussion in Hannover sind nun weitere Aktivitäten hinzugekommen, unter anderem:

- die Kontakte unserer Parlamentariergruppen im Europaparlament und Bundestag nutzen, um Abgeordnete aus den neuen Ländern stärker in die Arbeit der dortigen Landesverbände einzubinden,

- Parlamentarierarbeit auf Landesebene und auf kommunaler Ebene verstärken, angefangen mit dem Angebot an Mandatsträger, sich auf der Internetseite ihres Landesverbandes zu präsentieren,
- Aktivitäten um den europäischen Wettbewerb ausweiten, z.B. Lehrer bei der Aufbereitung von Europa-Themen für den Unterricht unterstützen, die Preisträger und auch deren Eltern über unsere Arbeit und unseren Verband informieren.

Es kommen weitere Aktivitäten hinzu, die bis zum Bundesausschuss im Mai in Berlin ausgearbeitet werden: Anknüpfungspunkte in der regionalen Verbändelandschaft, Angebote an „schlafende“ Mitglieder, Anregungen zur Medienarbeit. Dabei sollen möglichst konkrete Beschreibungen nach dem Baukastenprinzip entstehen, damit aus guten Ideen auch gute Veranstaltungen entstehen – und damit an einem Ort erprobte Formate auch anderswo umgesetzt werden. Weitere Beiträge sind herzlich willkommen!

*Dr. Lutz Hager*

### AG Europawahlen Keine Zeit verlieren!

Michael Buckup aus der Staatskanzlei Niedersachsen und Leiter der AG Europakommunikation der Europaministerkonferenz der Länder sowie Christoph Linden, stellv. Generalsekretär des Netzwerks Europäische Bewegung Deutschland, berichteten unter der Moderation von Präsidiumsmitglied Rainer Schröder zum aktuellen Stand der Vorbereitungen zu den Europawahlen 2009. Für unseren Jugendverband – Junge Europäische Föderalisten (JEF) – konnte dessen Bundesvorsitzender Jan Schubert ebenfalls über konkrete Strategieansätze berichten.

Unter den drei Aspekten, welche die JEF vorschlägt, ist insbesondere derjenige sehr interessant, sich im Vorfeld der Europawahl auf „ein“ wichtiges Anliegen zu konzentrieren. Die stärkere Zuspitzung der europapolitischen Debatten auf (parteilich) kontroverse Themen wird schon seit einiger Zeit als demokratisch belebende

Strategie gefordert. Für unseren überparteilichen Verband kann dies allerdings nicht bedeuten, sich durch eventuelle Thematisierung ggf. parteipolitisch besetzter Ziele zu positionieren. Aber es gibt wichtige Anliegen, die in Frage kommen.

Diese reichen von der Verbesserung der Wahlbeteiligung, über Appelle an die Aufstellung grenzüberschreitender Parteilisten bis hin zur Forderung, dass die Parteien auf europäischer Ebene ihren Kandidaten für den oder die Präsidenten/-in der Europäischen Kommission für die Wähler erkennbar benennen sollen. Dies forderte auch unser europäischer Dachverband UEF kürzlich in einem offenen Brief an seine nationalen Mitgliedsorganisationen. Diese sollen sich mit diesen Vorschlägen an die nationalen und europäischen Parteien sowie an die regionalen, nationalen und europäischen Medien wenden.

Die Richtung stimmt, auch wenn unerklärlicherweise die regionalen Parteien nicht erwähnt werden, in deren Reihen – zumindest in Deutschland – die EP-Kandidaten „vorsor-

tiert“ werden. Unsere Landesverbände müssen sich jetzt dringend vor Ort einmischen! Die Termine für die Parteitage der regionalen Parteien im Herbst, auf denen die diversen Kandidaten für das „Superwahljahr 2009“ gekürt werden sollen, liegen meist schon fest. „Kandidaten-Prüfsteine“ oder „Europa-Engagement-Tests“ bezüglich der geplanten Haushaltsmittel für die Europawahlen müssen von uns jetzt ins Spiel gebracht werden, auch bei öffentlichen Diskussionen im Rahmen der Europawoche 2008.

Auch die Presse wird sich hierfür eher interessieren als für abstrakte Debatten zum Text des Lissabonner Vertrages, der einen Monat vor der geplanten Abstimmung im Deutschen Bundestag immer noch nicht in der Arbeitssprache Deutsch vorliegt. Der Verlust des eigentlichen Verfassungsprojektes hat manche „geweckt“, die jetzt genau nachlesen, was der Vertrag von Lissabon wirklich bringt. Es gibt viel zu erklären, aber wir können das!

*Ulla Kalbfleisch-Kottsieper*

## Tagungsergebnisse von Hannover (23.02.2008)

### AG Bildung/Kultur/ Sprachenpolitik: Sprachen in Europa

Das auf dem Kongress in Hamburg vorgestellte Thesenpapier „Sprachen in Europa“ wurde bei grundsätzlicher Zustimmung zu zwei Aspekten unter lebhafter Beteiligung von vier JEF-Vertretern aus Bremen, Hamburg, Sachsen und Schleswig-Holstein kontrovers diskutiert. So bedürfe das Bekenntnis zu einer Identität immer wieder einer Selbstvergewisserung und auch einer Gegenidentität wie der nationalen zur europäischen oder zur regionalen. Verwiesen wurde häufiger auf die „Charta der Europäischen Identität“. Konsensfähig war letztlich, dass die Beherrschung von Fremdsprachen selbst keine europäische Identität schafft, sondern bei der Verwirklichung der europäischen Idee Hilfe leiste. Esperanto wurde von den Teil-

nehmern nicht als Option für eine europäische Verkehrssprache erachtet.

Eingehend erörtert wurde ein neues Papier „Fremdsprachliche Kompetenz erwerben, pflegen und erweitern“. Es gründet auf einer Recherche zur Fremdsprachenpolitik der Länder und der von Hildegard Klär initiierten Anfrage zum Thema im hessischen Landtag. Das als Aufruf an die Länder konzipierte Papier fordert, die Chancen für den Frühbeginn des Fremdsprachenerlernens zu nutzen, mehr Unterricht in Herkunftssprachen zu erteilen, den anwendungsbezogenen Sachunterricht in der Fremdsprache (bilingualer Unterricht) deutlich auszuweiten und dafür auch die Lehrkräfte auszubilden. Die Begegnung mit der Fremdsprache, so das Ergebnis, soll im „Kitabereich“ und in den ersten beiden Grundschuljahren Vorrang haben vor aufsteigendem Unterricht. Einige JEF-Vertreter sahen Angebote für eine dritte oder gar vierte Fremdsprache eher skeptisch. Beide Papiere sollen dem Präsidium zugeleitet werden.

Der Arbeitskreis beschäftigte sich noch einmal mit dem Kulturantrag des Landesverbandes Hessen. So sei die Kultur die Grundlage der politischen Einheit Europas, werde aber stets vernachlässigt. Es war angeregt worden, auf einem Kulturkongress die Debatte über einen Dialog der Kulturen zu führen. 2008 ist nun das Europäische Interkulturelle Jahr – die Notwendigkeit, diese Thematik zu reflektieren, ist also nicht geringer geworden. Deshalb wurde dem Vorschlag, 2008 eine entsprechende „Speak up Europe“-Veranstaltung durchzuführen, gerne zugestimmt. Dabei gelte es aus dem Widerspruch von europäischer und globaler Kultur – beide Vorstellungen haben ihre Befürworter – ein Streitgespräch zu entwickeln. Hildegard Klär wird dazu ein Konzept entwickeln.

Auf Anregung von Wolfgang Zapfe stimmten die Sprecher der Arbeitsgruppe der Bildung einer Untergruppe „Europaschulen“ zu, für die er initiativ werden wird.

*Dieter Lubeseder*

### AG Erweiterung: Die Grenzen Europas

Unter der Moderation von Vizepräsident Ernst Johansson und Präsidiumsmitglied Jürgen Lippold befasste sich die Arbeitsgruppe mit den Planungen für die Durchführung einer Konferenz zum Thema „Die Grenzen Europas“ mit den Botschaftern aller potenziellen Beitrittskandidaten. Zur Diskussion stand ferner die Aktualisierung des von Ernst Johansson vorgelegten Arbeitspapiers zum selben Thema.

Da etwa 20 Mitgliedstaaten des Europarates als potenzielle Beitrittskandidaten in Frage kommen könnten, scheint es den Mitgliedern der AG sinnvoll, drei kleinere Konferenzen mit den Botschaftsvertretern von jeweils sechs bis acht Staaten durchzuführen. Eine erste Konferenz mit den noch nicht zur EU gehörenden Staaten des Westbalkans (Kroatien, Mazedonien, Bosnien-Herzegowina, Serbien, Montenegro, Albanien) war für den 31. Mai angedacht; sie muss aber aus

verschiedenen Gründen auf den Frühherbst terminiert werden. Besonderes Augenmerk soll auf die weitere Entwicklung im Kosovo gelegt werden, und – falls es bis zum Konferenztermin diplomatische Beziehungen gibt – ein Vertreter des Kosovo miteinbezogen werden. Einigung wurde darüber erzielt, den teilnehmenden Botschaftsvertretern einen kurzen Fragenkatalog vorzugeben. Unterstützung fand auch der Vorschlag, die Ergebnisse der Konferenz zu dokumentieren und anschließend zu publizieren, und zwar einmal als downloadfähige Dokumente im Internet (u. a. bei Wikipedia) und – falls die entsprechenden Mittel akquiriert werden können – auch als Broschüre.

Die nachfolgenden Konferenzen sollten sich zum einen den nord- und westeuropäischen Staaten (Norwegen, Island, Schweiz, Andorra, Liechtenstein und Monaco) widmen, zum anderen einer Staatengruppe, die wir als „neue Nachbarn“ bezeichnen bzw. die der Schwarzmeerkoooperation (BSEC) angehören (Weißrussland, Ukraine, Moldawien, Georgien, Armenien, Aserbaidschan und Türkei).

Das im zweiten Teil behandelte Arbeitspapier versucht zunächst zu klären, was ein europäischer Staat ist, und benennt anschließend die Voraussetzungen, unter denen ein europäischer Staat Mitglied der Europäischen Union werden kann. Danach muss ein beitragswilliger Staat die in Art. 49 des EU-Vertrages festgelegten Bedingungen einhalten, die Grundsätze des Art. 6 des EU-Vertrages achten und die Kopenhagener Kriterien, die in Lissabon um zwei weitere Kriterien (Gleichberechtigung der Geschlechter und Toleranz) erweitert wurden, erfüllen.

Die Arbeitsgruppe Erweiterung weist in diesem Zusammenhang darauf hin, dass die Europäische Union vor allem auch eine Wertegemeinschaft ist (vergleiche hierzu Abschnitt II der von der Europa-Union 1995 verfassten Charta der Europäischen Identität) und dass diese Werte von allen beitragswilligen Staaten akzeptiert, angewendet und gefördert werden müssen.

*Jürgen Lippold*

## Trauer um Annemarie Renger – Europäerin der ersten Stunde

Die Europa-Union Deutschland trauert um Bundestagspräsidentin a.D. Annemarie Renger, die am 3. März 2008 im Alter von 88 Jahren in Remagen-Oberwinter nach langer schwerer Krankheit verstorben ist.

Annemarie Renger war eine „Europäerin der ersten Stunde“. Bereits in der Nachkriegszeit als Assistentin und Vertraute des SPD-Vorsitzenden Kurt Schumacher lag ihr die Europäische Integration als eines von vielen Themen am Herzen. Als Bundestagsabgeordnete (1953-1990) und in der Zeit als Präsidentin des Deutschen Bundestages (1972-1976) hat sich Annemarie Renger durch ein stetiges Engagement für ein geeintes Europa ausgezeichnet.

Nach ihrem Ausscheiden aus dem Bundestag 1990 hat sie sich in bewegten Zeiten kurz nach der Wiedervereinigung der beiden deutschen Staaten als Präsidentin des Deutschen Rates der Europäischen Bewegung in besonderem Maße dem Europäischen Gedanken und europapolitischen Aktivitäten gewidmet. Der Europäischen Bewegung Deutschland blieb sie als Ehrenpräsidentin ab 1992 bis zu ihrem Tode eng verbunden. Seit 1990 war Annemarie Renger auch Ehrenmitglied des Präsidiums der Europa-Union Deutschland. Neben ihren zahlreichen Auszeichnungen – wie beispielsweise dem Großen Bundesverdienstkreuz – ist sie für ihre besonderen Verdienste um die europäische Einigung und die Europa-Union Deutschland mit der Europa-Union-Medaille geehrt worden.

Die Europa-Union trauert um eine herausragende deutsche Politikerin mit europäischem Profil. Wir werden ihr ein ehrendes Gedenken bewahren.



Bild: Deutscher Bundestag/Lichtblick/Achim Melde

## Hamburg

### Europa unter einem Dach

Im Rahmen der Europawoche 2008 versammelt sich in Hamburg Europa unter einem Dach. Die Europa Passage, Hamburgs größte innerstädtische Mall an der Alster, wird vom 5. bis 10. Mai zu einem Ort der Begegnung und Verständigung.

Interessierte können sich an sechs Tagen über Leben, Kultur und Tradition von Mitgliedsländern, Kandidatenstaaten und möglichen Beitrittskandidaten der Europäischen Union informieren. Unter einem Dach präsentieren sich: Bulgarien, Frankreich, Griechenland, Italien, Kroatien, Polen, Portugal, Rumänien, Serbien, Schweden, Slowenien, Spanien, die Türkei und Ukraine. Ergänzend informieren der Hamburger Landesverband der Europa-Union und der Info-Point Europa Hamburg an einem Stand mit Unterstützung anderer Europaexperten über aktuelle Themen rund um die EU. Sie geben unter anderem in Talkrunden auf der zentralen Bühne Tipps zum Themenkomplex „Leben,

lernen und arbeiten in Europa“. Die teilnehmenden Konsulate und Kulturinstitute stellen an Ständen und auf der Bühne ihre moderne Kultur, Mode und Trends vor.

Mit dieser Veranstaltungsform im Rahmen der Europawoche gehen die Gastgeber, die Europa Passage und die Europa-Union Hamburg, neue Wege. Zum Auftakt der europäischen Begegnung im Herzen Hamburgs werden Vertreter des Hamburger Senats, der Europa Passage und Europa-Union sowie der Doyen des Hamburgischen Konsularcorps diese Veranstaltung mit einem gemeinsamen Presserundgang und anschließendem Konsulatsempfang eröffnen.

Darüber hinaus finden rund um die Europawoche unter dem Motto „Hamburg – europäisch, nordisch, gut“ zahlreiche informative und unterhaltsame Veranstaltungen statt wie Lesungen, Podiumsdiskussionen und Streitgespräche. Die Europa-Union und der Info-Point Europa laden am 6. Mai um 19.00 Uhr zu einem Vortrag von Adolf Muschg in den Malersaal des Deutschen Schauspielhauses. Der Schriftsteller und ehemalige Präsident der Berliner Akademie der Künste spricht über „Europa, oder die List der Vernunft“. Das aktuelle Programm

der Hamburger Europawoche gibt es u. a. im Info-Point Europa am Adolphsplatz 1 oder unter [www.europawoche.hamburg.de](http://www.europawoche.hamburg.de).

Verantwortlich: Bettina Thöring



Hamburgs größte Einkaufspassage an der Alster trägt Europa im Namen.

Bild: Europa Passage Hamburg



## Hessen

### Kreisverband Vogelsberg

#### Diskussion zum Iran

Europäische Sicherheitspolitik und Verbraucherschutz in Europa waren die Themen von Diskussionen der Vogelsberger Europa-Union mit Europaabgeordneten. Michael Gahler (CDU) berichtete von den gemeinsamen Anstrengungen der europäischen Staaten, Klarheit über das iranische Atomprogramm zu bekommen und Sicherheit im Nahen und Mittleren Osten zu produzieren. Gahler, Vizepräsident des Auswärtigen Ausschusses und langjähriges Mitglied der Iran-Delegation des Europaparlaments, verwies darauf, dass es im Europaparlament über Fraktionsgrenzen hinweg einen Konsens in der Iranpolitik gebe. Es müsse auf diplomatischem Weg alles dafür getan werden, dass Teheran nicht in den Besitz von Atomwaffen komme. Die Einigkeit Europas mit den USA, China und Russland in dieser Frage müsse beibehalten werden. China und Russland sähen die iranische Politik mit Misstrauen, weil sie um den Frieden in den islamischen Teilen ihrer Bevölkerung fürchteten.



Europaabgeordneter Michael Gahler (r.) und Kreisvorsitzender Volker Nies  
Bild: Europa-Union Vogelsberg

Die Verbraucherschützerin Heide Rühle MdEP, 1999 Spitzenkandidatin der Grünen für die Europawahl und Mitglied im Präsidium der Europa-Union, forderte mehr Verbraucherschutz auf europäischer Ebene, um Produktrisiken, wie bei problematischem Spielzeug aus chinesischer Pro-

duktion, besser in den Griff zu bekommen. Die Verbraucher selbst sollten mit mehr Sorgfalt an ihren Einkauf herangehen und allzu billige Produkte besonders kritisch unter die Lupe nehmen.

### Kreis- und Ortsverband Rüsselsheim

#### Neujahrsempfang

Die lockere inhaltliche Gestaltung und neue Kontakte haben der Europa-Union zum Neujahrsempfang eine erfreulich starke Resonanz beschert. Dies konnten für Kreisverband und Ortsverband Rüsselsheim Delio Miorandi und Christian Torsten Otto festhalten. Garniert mit Riesling und (Spät-)Burgunder und auf den Deutsch-Französischen Tag gelegt, stand auch die Freundschaft beider Länder im Mittelpunkt. Dazu waren Vertreter von Bildungseinrichtungen und Partnerschaftsorganen eingeladen, die kurz zum Stand des Austausches zwischen Kommunen und Schulen und der Nachfrage nach Fremdsprachangeboten an Bildungseinrichtungen Stellung nahmen. Begeistert zeigten sich Kreisgeschäftsführer Siegfried Münzer und Josef Heinz vom Vorstand vom letztjährigen Freundschaftsfest in Evreux, das mit Verbandsfreunden vom Mouvement Européenne gefeiert wurde. Eine ähnliche Veranstaltung mit Gästen aus französischen Partnergemeinden aller Kommunen im Kreis hat die Europa-Union ins Auge gefasst.

### Kreisverband Schwalm-Eder

#### Europawoche

In Verbindung mit der Hessischen Landesregierung bereitet der Kreisverband Veranstaltungen für die diesjährige Europawoche vor. Am 5. Mai, dem traditionellen Europatag, sollen die EU-Reformverträge von Lissabon in den Mittelpunkt gerückt werden. Als „euro-

päische Bürgerbewegung“ bedauert der Kreisverband, dass statt der klaren neuen EU-Verfassung beim Gipfel in Lissabon nur eine komplizierte Ansammlung von juristischen Texten verabschiedet wurde. „Wir haben große Mühe, die wesentlichen Elemente aus dem Internet herauszuziehen und verständlich darzustellen“, berichtet Kreisvorsitzender Heinz Wagner. Eine Arbeitsgruppe unter Leitung von Manfred Böttger sammelt und sortiert derzeit die Materialien. Interessengruppen machen bereits Stimmung gegen einzelne Teile des Gesamtvertragswerks, aber wir Bürger haben keine Chance zur eigenständigen Meinungsbildung. Über das Europa-Bürgerbüro werden deshalb die Bundestagsabgeordneten Gerd Höfer, Michael Roth und Bernd Siebert sowie die Landtagsabgeordneten Regine Müller, Günter Rudolph und Mark Weinmeister, alle persönliche Mitglieder des Kreisverbands, dazu aufgerufen, in ihren Gremien und Parteien für eine ausführliche Beratung der Vertragstexte zu sorgen. Es müsse deutlich werden, ob und wie der Vertrag von Lissabon zu mehr Demokratie, Wohlstand und Frieden beitrage.

#### Terminhinweis

Auch in diesem Jahr ist ein Seminar in Bad Marienberg vom 7. bis 9. November geplant. Bitte vormerken!

Verantwortlich: Dr. Norbert Wett



Für sein großes Engagement für die Europa-Union erhält Hajo Becker (M.) die „Pro Merito“ Medaille  
Bild: Sibylle Möller

## Saarland

### Startschuss für ein europäisches „eGovernment“

Die Grenzgänger in der SaarLorLux-Region könnten in Zukunft von den Möglichkeiten der elektronischen Verwaltung profitieren. Das ist das Ergebnis des „1. Europäischen ‚eGovernment‘-Symposiums SaarLorLux“, das vom Institut für Wirtschaftsinformatik (IWi) im Deutschen Forschungszentrum für Künstliche Intelligenz (DFKI) an der Universität des Saarlandes mit Unterstützung der Europäischen Bewegung Saar veranstaltet wurde. Der Einsatz von modernen Informations- und Kommunikationstechniken in der Verwaltung stand im Mittelpunkt der Veranstaltung, an der über 90 Experten aus Wissenschaft, Wirtschaft und Verwaltung aus allen Teilen der Großregion teilnahmen. „In SaarLorLux bündeln sich wie in keiner anderen Region Europas ‚eGovernment‘-Kompetenzen“, betonte Staatssekretär Gerhard Müllenbach vom saarländischen Innenministerium in seinem Grußwort. Prof. Dr. Peter Loos, Leiter des IWi, nannte als Ziel der Veranstaltung den überregionalen Austausch zwischen Wissenschaft und Verwaltung: „Die große Resonanz auf das Symposium verdeutlicht Notwendigkeit und Chancen der Vernetzung der verantwortlichen Akteure. Durch den Einsatz moderner Informations- und Kommunikationstechnologie können wir grenzübergreifende Verwaltungsprozesse erfolgreich realisieren und damit die Bedeutung von SaarLorLux als europäische Modellregion unterstreichen.“

Neben den „eGovernment“-Verantwortlichen aus der Großregion kamen Wissenschaftler aus Koblenz, Kaiserslautern, Saarbrücken, Luxemburg und Paris zu Wort. Sie schlugen eine elektronische Vernetzung der Verwaltungen vor, um grenzüberschreitende Arbeitsabläufe zu verbessern und Behördendienstleistungen nutzerfreundlicher zu gestalten. Die Veranstaltung wurde unterstützt

von der Regierung des Saarlandes, der Deutsch-Französischen Hochschule und der Europäischen Bewegung, deren Präsident Dr. Hanno Thewes ankündigte, mit einer eigenen Internetplattform ein Netzwerk von „eGovernment“-Experten aus Verwaltung, Wissenschaft und Wirtschaft in SaarLorLux aufzubauen. Unterstützung aus der Wirtschaft erhielt das Symposium durch die T-Systems Enterprise Services GmbH und der IDS Scheer AG.

### Für ein SaarLorLux der „konzentrischen Kreise“

Die Vorstände der Europäischen Bewegungen Luxemburgs und des Saarlandes haben in einer gemeinsamen Sitzung in Saarlouis neue Impulse für die Zukunft der SaarLorLux-Region gefordert. Sie erwarten von der jetzt beginnenden luxemburgischen Gipfelpräsidentschaft neuen Elan. In einer gemeinsamen Resolution heißt es, die Stagnation in der Großregion müsse überwunden werden. Dazu müssten der starre Rahmen der 18-monatigen Gipfelpräsidentschaften und das Einstimmigkeitsprinzip durchbrochen werden.

Kreise“. Das bedeute, dass in SaarLorLux je nach Thema, Sachverhalt oder Aufgabengebiet unterschiedliche Formen und Ausprägungen der Zusammenarbeit möglich sein sollen. „Die Großregion stellt dabei die Hülle eines interregionalen politischen Raumes dar. In dieser Hülle gibt es dann Zusammenarbeiten in den verschiedensten Feldern mit verschiedenen Partnern und mit unterschiedlichen Intensitäten“, heißt es in der gemeinsamen Erklärung. Es wird jedoch ausdrücklich betont, dass die Modelle der Zusammenarbeit für alle anderen Partner jeweils offen stehen müssten und keine Region von Projekten ausgeschlossen werden dürfe. Nach Auffassung der Europäischen Bewegungen in Luxemburg und im Saarland braucht ein solches Modell funktionierende administrative Strukturen und institutionelle Rahmenbedingungen. Die Europäischen Bewegungen fordern deshalb die Stärkung des Hauses der Großregion in Luxemburg durch die Schaffung eines ständigen Generalsekretariats, das politisch legitimiert ist, Projekte zu initiieren und die Koordination der Partner auf administrativer Ebene zu begleiten. Ziel müsse es sein, eine europäische Region neuer Art zu schaffen.



Innenstaatssekretär Gerhard Müllenbach eröffnete das europäische Symposium in Saarbrücken.

Bild: fotowelt.org

Die Präsidenten der Europäischen Bewegungen in Luxemburg und im Saarland, Nico Bley und Dr. Hanno Thewes, fordern ein „SaarLorLux der konzentrischen

Verantwortlich: Dr. Hanno Thewes

## Verband Brüssel

### Informationen aus erster Hand

#### Debriefing zum Europäischen Rat mit Botschafter Duckwitz

Nur knapp konnte der große Saal des Goethe-Institutes in Brüssel die über 300 Gäste fassen, die zum zweiten Debriefing mit der Europa-Union Deutschland und dem deutschen Ständigen Vertreter bei der EU, Dr. Edmund Duckwitz, gekommen waren.



Botschafter Dr. Edmund Duckwitz informierte über die Ergebnisse des jüngsten EU-Gipfels.

Bevor Botschafter Duckwitz „aus erster Hand“ berichtete, führte der Vorsitzende des Brüsseler Europa-Union-Verbandes, Dr. Michael Köhler, in die Schlussfolgerungen des Rates ein. Zentrale Themen des EU-Gipfels vom 13. und 14. März in Brüssel waren der neue Programmzyklus (2008-2010) der Lissabon-Strategie, Finanzmarktstabilität, Klima und Energie sowie die in den Medien viel diskutierte „Mittelmeer-Union“. Botschafter Dr. Duckwitz zufolge lief der Rat „undramatisch“ ab, da man bei den meisten Punkten bereits im Ausschuss der Ständigen Vertreter einen Konsens gefunden habe und nur noch wenige strittige Fragen auf dem Gipfel selbst länger diskutiert werden mussten. Insgesamt seien die Ergebnisse des Rates als Erfolge zu werten.

#### Mittelmeer-Union

In den Schlussfolgerungen des Rates lediglich mit einem fünfzeiligen Absatz erwähnt, stand doch die „Mittelmeer-Union“ im Zentrum der Fragerunde, die den Ausführungen des Botschafters folgte. Er räumte ein, das Thema „habe im Vorfeld viel Arbeit gemacht“. Doch dank der intensiven Verhandlungen zwischen Deutschland und Frankreich in den Tagen vor dem Rat seien die größten Streitpunkte bereits ausgeräumt gewesen. Präsident Sarkozys Vorstellung einer Union aus Anrainerländern des Mittelmeers, die zumindest teilweise in Konkurrenz zur Euro-

mediterranen Partnerschaft gestanden hätte, sei nicht nur von den EU-Staaten ohne Mittelmeerzugang abgelehnt worden. Nichtsdestotrotz habe man die Grundlage der Idee Frankreichs aufgegriffen, um den „lahmenden Barcelona-Prozess anzuschubsen“, so Botschafter Duckwitz. Unter dem neuen Begriff „Barcelona-Prozess: Union für den Mittelmeerraum“ können künftig auch Mittelmeeranrainer wie Kroatien oder Bosnien-Herzegowina, die bisher nicht im Barcelona-Prozess erfasst sind, miteinbezogen werden. Gleichzeitig bleiben auch die „Barcelona-Länder“ ohne Mittelmeerzugang wie zum Beispiel Jordanien mit dabei. Neugeschaffen werden soll ein ca. 20-köpfiges Sekretariat mit einer Doppelspitze aus zwei Direktoren – jeweils ein Direktor aus einem EU-Staat und ein Direktor aus einem Nicht-EU-Land, die für jeweils zwei Jahre ein Mandat erhalten sollen. Finanzinstrument soll vorerst das nicht voll ausgeschöpfte Budget des Barcelona-Prozesses sein. Die Gründung dieser Union ist für die Ratstagung am 13. Juli 2008 in Paris vorgesehen. Bis dahin sollen von der EU-Kommission die notwendigen Vorschläge vorgelegt und Modalitäten ausgearbeitet werden.

#### Gute Grundlage

Im Bereich Klima und Energie verwies der Rat darauf, das von der EU-Kommission vorgelegte Klimapaket „sei eine gute Grundlage“. Beim Thema Emissionshandel wurde auf Drängen Deutschlands die Möglichkeit von Sonderregelungen für energieintensive Indus-

trien in die Schlussfolgerungen aufgenommen. Dies sei vor allem von Ländern mit größerem Gewicht auf dem Dienstleistungssektor wie Großbritannien oder den Niederlanden kritisiert worden. Zum Thema „Energieversorgungssicherheit“ legte der EU-Außen- und Sicherheitsbeauftragte Solana dem Rat einen Bericht über die Auswirkungen des Klimawandels auf die internationale Sicherheit vor. Darin werden die Themen Energie- und Wasserversorgungssicherheit angesprochen. Botschafter Duckwitz zufolge könnten die weiteren Diskussionen Konfliktpotential bergen.

#### Fünfte Grundfreiheit

Bemerkenswert bei den Schlussfolgerungen zur Lissabon-Strategie sei auch die Aufnahme des Begriffes der „Fünften Grundfreiheit“. Dahinter stehen die Bemühungen, Hemmnisse zu beseitigen, die den freien Verkehr von Wissen behindern. Dazu gehören unter anderem die Verbesserung der grenzüberschreitenden Mobilität von Forschern, Studenten, Wissenschaftlern und Hochschullehrern, das Vorrantreiben der Hochschulreformen sowie die Erleichterung und Förderung der optimalen Nutzung von geistigem Eigentum.

Im Anschluss an die Veranstaltung hatten die Gäste Gelegenheit, bei einem Glas Wein weiterzudiskutieren und sich über die Arbeit der Europa-Union zu informieren. Der Brüsseler Verband konnte sich an diesem Abend über weitere Beitritte freuen.

Verantwortlich: Katharina Aubele



Dr. Michael Köhler (l.), Vorsitzender des Europa-Union-Verbandes Brüssel, im Gespräch mit dem Ständigen Vertreter bei der EU

Bilder: Europa-Union Brüssel

## Baden-Württemberg

### Neujahrsempfang in Stuttgart

Auf Einladung von Europaminister Willi Stächele MdL fand in der Villa Reitzenstein der traditionelle gemeinsame Neujahrsempfang von Europa-Union und des Landeskomitees der Europäischen Bewegung Baden-Württemberg statt. Minister Stächele betonte, dass mit dem EU-Reformvertrag viele wichtige Neuerungen verbunden seien. Er dankte allen Aktiven aus den Europaverbänden für die geleistete Arbeit. „Das Engagement der Mitglieder des Landeskomitees der Europäischen Bewegung und des Landesverbandes der Europa-Union ist unverzichtbar, wenn es darum geht, für Europa Werbung zu machen“, erklärte der Europaminister. Landesvorsitzender Rainer Wieland MdEP und der Präsident des Landeskomitees, Prof. Dr. Christian Steger, zeigten sich erfreut, dass viele Aktive aus der Europaarbeit nach Stuttgart gekommen waren.



Neujahrsempfang mit Minister Willi Stächele

Bild: Vlado Bulic

### Landesausschuss in Kehl

Im Mittelpunkt der Tagung des Landesausschusses am 7. und 8. März in Kehl standen die Themen europäischer Verbrau-

erschutz und die grenzüberschreitende Zusammenarbeit zwischen Straßburg und der Ortenau. Elvira Drobinski-Weiss MdB sprach sich für eine weitere Vernetzung über den Rhein hinweg aus. Von der kommenden französischen Ratspräsidentschaft erhoffte sie sich neuen Schub. Über die Arbeit des in Kehl ansässigen Europäischen Verbraucherzentrums berichtete die dortige Leiterin Jutta Gurkmann. Ein Empfang mit dem Kehler Oberbürgermeister Dr. Petry schloss die erfolgreiche Veranstaltung ab. Er zeichnete ein eindrucksvolles Bild der Geschichte von Kehl und der Zusammenarbeit über den Rhein hinweg und mahnte zu einem zukunftsorientierten und pragmatischen Vorgehen.

#### Landesverband im Aufwind

Landesvorsitzender Rainer Wieland und Landesgeschäftsführer Hans-Dieter Teske zogen anlässlich der diesjährigen Tagung eine äußerst positive Bilanz für das abgelaufene Jahr 2007. Der Landesverband hätte seine Position verstärkt und ausgebaut. Dabei sei es nicht nur gelungen, die Zahl der Mitglieder um 14 Prozent auf 2.160 zu

erhöhen, sondern auch verstärkten Zuspruch bei der jungen Generation zu finden. Eine Bestätigung der erfolgreichen Arbeit sei auch darin zu sehen, dass die Zusammenarbeit mit der Landesregierung und dem Landtag intensiviert werden konnte und mittlerweile 85 der 226 baden-württembergischen Abgeordneten des

Europäischen Parlaments, des Deutschen Bundestags und des Landtags die Arbeit der Europa-Union durch ihre Mitgliedschaft und ihr Engagement unterstützen. Erfreulich sei zudem, dass die Europa-Union im Südwesten inzwischen auch fast 100 Kommunen zu ihren Mitgliedern zählt. Diese Unterstützungen hätten wesentlich

dazu beigetragen, die Wahrnehmung der Europa-Union in der Bevölkerung zu verbessern und die Sensibilisierung für die Notwendigkeit des europäischen Integrationsprozesses zu erhöhen.

### Kreisverband Heilbronn Integrationspreis

Beim sechsten Internationalen Neujahrsempfang in Heilbronn wurde dem Kreisverband der regionale Integrationspreis verliehen. Darüber hinaus konnte unser Mitglied Josip Juratovic MdB für den Verein Novi Most den überregionalen Integrationspreis entgegennehmen. Oberbürgermeister Helmut Himmelsbach lobte die überparteiliche Arbeit sowie das jahrzehntelange Engagement des Kreisverbandes und seiner Mitglieder für die europäische Einigung und die Integration der ausländischen Bürger. Durch die vorbildliche Arbeit der Europa-Union sei das Zusammenleben der Bürger, von denen weit über 40 Prozent über eine Zuwanderungsgeschichte verfügen und aus mehr als 100 unterschiedlichen Ländern stammen, harmonisiert worden. Heilbronn habe sich nicht zuletzt auch durch seine ausländischen Mitbürger in wenigen Jahrzehnten zu einer weltoffenen und prosperierenden Großstadt mit Zukunft entwickeln können.

### Kreisverband Rems-Murr Frauen Europas

Der Kreisverband präsentierte einer interessierten Öffentlichkeit die Wanderausstellung „Entscheidende Frauen Europas“. In seinem Grußwort anlässlich der Eröffnung der Ausstellung in Backnang hob Kreisvorsitzender Markus Götz weibliche Protagonisten der Weltgeschichte hervor und sprach über die Entwicklung der Gleichberechtigung in Europa. Die stellvertretende Landesvorsitzende Evelyne Gebhardt MdEP ging in ihrem Festvortrag auf die entscheidende Rolle von Frauen in der Geschichte und insbesondere bei der europäischen Einigung ein. Dabei unterstrich sie, dass es Frauen nicht darum gehe, die Macht alleine zu haben.

Verantwortlich: Florian Ziegenbalg

## Schleswig-Holstein

### Chancengleichheit in Europa – Wunsch oder Wirklichkeit?

Im August 2006 wurde nach langen Kontroversen das „Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz“ – umgangssprachlich auch „Antidiskriminierungsgesetz“ genannt – verabschiedet. Es verbietet ungerechtfertigte Benachteiligungen aus Gründen der Rasse, der ethnischen Herkunft, des Geschlechts, der Religion, der Weltanschauung, einer Behinderung, des Alters oder der sexuellen Identität. Im Jahr des interkulturellen Dialogs sind wir mit einem Seminar der Frage nachgegangen, ob sich die Situation von Migranten durch das Antidiskriminierungsgesetz gebessert hat und was noch zu tun ist, um eine erfolgreiche Integration voranzubringen. Dazu wurden Experten aus der Arbeit mit Migranten sowie von allen Parteien eingeladen.

In seinem einleitenden Vortrag stellte Wulf Jöhnk, Beauftragter für Flüchtlings-, Asyl- und Zuwanderungsfragen des Landes Schleswig-Holstein, den rechtlichen Rahmen und dessen Umsetzung in Schleswig-Holstein vor. In zwei Diskussionsrunden unter Leitung des Landesausschussvorsitzenden Wilfried Saust kamen Serpil Midyatli vom SPD Landesvorstand, die stellvertretende Vorsitzende der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Angelika Birk, Özlem Ünsal, die Vorsitzende des Forums für Migrantinnen und Migranten der



Wilfried Saust im Gespräch mit Podiumsteilnehmern

Landeshauptstadt Kiel, und Farzaneh Vagdy-Voß vom Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein überein, dass Diskriminierung noch ein Alltagsphänomen sei, welches nicht nur durch Gesetze, sondern auch in den Köpfen und Herzen der Menschen überwunden werden müsse.

### Europa auf der Suche nach sich selbst

Mit der provokanten These, dass die europäische Geschichte im Sinne des heutigen Europagedankens umgedeutet wird, eröffnete Dr. Stefan Vöhringer das diesjährige Verbandsseminar: Weniger die griechisch-römischen Wurzeln und das christlich-humanistische Erbe als vielmehr die Abgrenzung von der europäischen Geschichte mit ihrer imperialistischen Vergangenheit und den beiden Weltkriegen mache das heutige Europa aus. Es seien die Verträge, über die sich Europa definiert. Dies mache es so schwierig, die Menschen für Europa zu begeistern – eine Herausforderung für die Europa-Union.

Für Landwirtschaftsminister Dr. Christian von Boetticher erschließt sich Europa insbesondere über die erfahrbaren Vorteile für die Bürger. Dabei dürfe das Machtgefüge der EU nicht als „black box“ erlebt werden, sondern als ein von den Unionsbürgern kontrolliertes Gefüge mit Ansprechpartnern, die die Belange der Bürger sichtbar in die Entscheidungsprozesse einbringen. In der Kommission sind es insbesondere die Referatsleiter, im Parlament die Berichtserstatter mit ihren „Schattenberichterstattern“, die als Fachleute Ansprechpartner für Verbände seien. Auf Seiten des Ministerrates seien die Referenten in den Ständigen Vertretungen der Länder in Brüssel sowohl fach-

lich wie auch in der Einschätzung der Durchsetzungswahrscheinlichkeiten von Anliegen die richtigen Ansprechpartner. Das Gesetzgebungsverfahren in der Europäischen Union ist transparenter, als es in der Vermittlung durch die Medien wahrgenommen wird. So gebe es im Vorfeld Grünbücher zur Situations- und Problembeschreibung, Weißbücher zu den Handlungsfeldern, Richtlinienvorschläge und Internetkonsultationen, in die sich Bürger und Interessengruppen einbringen können.

Im Anschluss gewährte Prof. Dr. Will Teichert, der als Europakorrespondent für zahlreiche Zeitungen tätig ist, einen tiefen Einblick in die Brüsseler Diplomatie und gab einen kurzen Überblick über die Änderungen im europäischen Machtgefüge, die sich aus dem Vertrag von Lissabon ergeben werden.



Die Europa-Union verlässt ausgetretene Pfade im deutsch-dänischen Grenzgebiet.  
Bilder: Carsten Massau

Den Seminarabschluss bildete eine Schiffsreise auf die große dänische Ochseninsel (7,5 ha) mit einem launigen Vortrag vom Chefredakteur der größten deutschsprachigen Tageszeitung Dänemarks, Siegfried Matlok, über die dänische Sichtweise der europäischen Integration.

#### Weitere Informationen:

Europa-Union Schleswig-Holstein  
Faluner Weg 28, 24109 Kiel  
Tel.: (0431) 93333, Fax: (0431) 92165  
E-Mail: [info@europa-union-sh.de](mailto:info@europa-union-sh.de)  
[www.europa-union-sh.de](http://www.europa-union-sh.de)

Verantwortlich: Carsten Massau

## Nordrhein-Westfalen

### Kreisverband Dortmund Türkeifrage diskutiert

Am 28. Februar fand im Haus der Kommende in Dortmund-Brackel eine Abendveranstaltung zum Thema „Türkische Integration in der EU“ statt. Als Gast war der ehemalige türkische Außenminister Yasar Yasik geladen. Aktuell ist Yasik Vorsitzender des EU-Ausschusses im Türkischen Parlament. Begleitet wurde Yasik vom türkischen Generalkonsul Dr. Hakan Akbulut. Nach seiner Rede stand Yasik den Anwesenden für eine Diskussion zur Verfügung. Ein gemeinsamer Imbiss beendete den offiziellen Teil des Abends.

### Kreisverband Gütersloh Zypern vorgestellt

Mehr als 80 Besucher konnte Vorsitzender Jürgen Jentsch im Markus-Gemeindezentrum begrüßen. Sie waren der gemeinsamen Einladung von Deutsch-Griechischer Gesellschaft und Europa-Union gefolgt, um sich ein Bild über die aktuelle Situation der geteilten Insel Zypern zu machen. Mit der Besetzung des Nordteils der Insel durch die Türken habe eine Zerstörung von Kulturgütern begonnen. Mehrere hundert Kirchen seien davon betroffen. Auch wenn es der Regierung Zyperns gelungen ist, einige der unbezahlbaren Schätze wieder zu erlangen, die aufgrund des Schwarzmarkthandels und durch Bestellung reicher Amerikaner gezielt entfernt worden sind, sei dennoch vieles unwiderruflich zerstört, was viele Generationen geschaffen hätten. Von einer schönen Landschaft und besonderen Gastfreundschaft Zyperns konnten sich die Anwesenden überzeugen.

### Kreisverband Lippe Klimaschutz erörtert

„Jeder muss seinen Beitrag zum Klimaschutz leisten“, war die einhellige Forderung aller Teilnehmer der Veranstaltung zum Klimaschutz, betonte Vorsitzender Dieter

Rügge. Walter Sauter, Vertreter des Mitveranstalters BUND, sah die Europäische Staatengemeinschaft in der Mitverantwortung für die globale Entwicklung. „Die EU muss viel mehr für den Klimaschutz tun, vor allem im Straßen- und Flugverkehr“, so Sauter. Außerdem mahnte er einen grundsätzlichen Politikwandel an mit dem Ziel einer insgesamt klimaschonenden Wirtschaft und eines umweltverträglichen Lebensstils. Mechtild Rothe MdEP und Dr. Peter Liese MdEP waren sich einig, dass Europa alles tun müsse, um den Klimawandel zu stoppen. Eine Kontroverse gab es nur um die Frage nach der künftigen Rolle der Atomkraft. Das Publikum plädierte mehrfach für ein verantwortliches Handeln jedes einzelnen. Abschließend ging Dieter Rügge noch einmal auf das „lokale Handeln“ ein und kündigte eine Folgeveranstaltung speziell zum Klimaschutz der Stadt Detmold an.

### Stadtverband Monheim Verdienstkreuz erhalten

Für sein langjähriges und vielfältiges politisches Engagement erhielt Vorsitzender Manfred Klein das Verdienstkreuz am Bande des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland. Die Auszeichnung wurde dem 64-jährigen SPD-Ratsherrn von Landrat Thomas Hendele im Auftrag des Bundespräsidenten überreicht. Klein sitzt im Planungssowie Haupt- und Finanzausschuss, ist Vorsitzender im Rechnungsprüfungsausschuss und Mitglied im Kuratorium der Stiftung Monheim der Stadtparkasse Düsseldorf. Bei den Monheimer Verkehrs- und Versorgungsbetrieben sitzt er ebenso im Aufsichtsrat wie beim Verbandswasserwerk Langenfeld/Monheim. Durch seine vielseitigen Tätigkeiten hat Klein kaum Zeit für seine Hobbys (Tauchen, Schwimmen, Lesen und Fotografieren).

### Ortsverband Haan Vorsitzender neu gewählt

Bei der diesjährigen Mitgliederversammlung eines der mitgliederstärksten Verbände wurde Fritz Köhler zum neuen Vorsitzenden gewählt. Nach dem überraschenden Rücktritt

des ehemaligen Vorsitzenden, Gerhard Mayer, „regierten“ seine drei Stellvertreter den Verband. Nach monatelanger Wartezeit ist die weise Entscheidung getroffen, und Fritz Köhler wurde von den Mitgliedern bestätigt. Der Landesverband gratuliert und hofft auf eine gute und konstruktive Mitarbeit mit dem neuen Vorsitzenden. Der Verband begann sein Jahresprogramm wie gewohnt in aktiver Weise. Bereits am 18. und am 25. Februar sowie am 3. März fanden interessante Veranstaltungen für das anspruchsvolle Haaner Publikum statt. Prof. Dr. Hans Georg Pott referierte über die „kulturellen Grundlagen Europas“ und eine Woche später Prof. Dr. Josef Fellsches zum Thema „Europäisch philosophieren“. Die Veranstaltungen finden in Kooperation mit der VHS sowie dem Kulturamt der Stadt Haan statt.

### KV Bonn/Rhein-Sieg Wandel in Polen

Europa-Union, Deutsch-Polnische Gesellschaft, Europäische Föderalismusakademie und die Stiftung Haus der Geschichte waren Kooperationsveranstalter eines Forums zum Thema „Vor einem Neustart der deutsch-polnischen Beziehungen?“, welches rund 150 Teilnehmer in den Hörsaal im Bonner Haus der Geschichte lockte. Prof. Dr. Jan Piskorski, Historiker an der Universität Szczecin (Stettin), referierte aus „zwei Perspektiven“ über neue Möglichkeiten deutsch-polnischer Beziehungen nach dem Regierungswechsel in Polen. Er selbst sei ein „bekennender Wähler“ der Partei des neuen Premiers Donald Tusk und erhoffe sich nunmehr eine positive Dynamik in der Außen-, Europa- und Nachbarschaftspolitik Polens. Entscheidend sei sicherlich auch die Haltung der jungen Generation. Konfliktpotential – Ostseegasleitung und Vertreibungsgedenkstätte – gäbe es ja ausreichend. Polen-Experte Jürgen Wahl moderierte kurzweilig durch einen interessanten Abend. Diesem war eine Mitgliederversammlung vorausgegangen, in deren Rahmen Vorsitzende Marlene Lenz eine durchweg positive Zwischenbilanz zog und zugleich eine Diskussion über Aktivitäten im Jahr 2008 moderierte.

*Verantwortlich: Dr. Pantaleon Giakoumis*

## Rheinland-Pfalz

### Mitglieder werben!

Schöne Bildbände und interessante Bücher als Prämien für geworbene Neumitglieder hat der Landesvorstand erneut ausgeschrieben. Er bittet Sie, sich an der Werbung zu beteiligen. Im vergangenen Jahr haben die Neumitglieder den demografisch bedingten Rückgang um 2,7 Prozent nicht ausgleichen können. Für die Werbung können Flyer mit Selbstdarstellung und Aufnahmeantrag beim Kreisverband angefordert werden.

### Mitwirkung zugesagt

In einer Sitzung mit dem beim Landesvorstand bestehenden Parlamentarischen Beirat wurden als gemeinsame Handlungsfelder die für die Aktion „Europa in die Schule“ ausgeweitete Europawoche, die Europawahl 2009 und die Kommunizierung von Richtlinien mit landespolitischer Relevanz angesprochen. Die Parlamentarier sagen Mitwirkung zu.

### Rekordergebnis

Mit 20.063 Schülerinnen und Schülern, die sich am 55. Europäischen Wettbewerb unter dem Motto „Dialog der Kulturen“ beteiligten, wurde ein eindrucksvolles Rekordergebnis während der letzten 35 Jahre erzielt. Dazu trugen neben den beteiligten Jugendlichen engagierte Lehrkräfte und viele Kreisverbände der Europa-Union bei. Dieser hervorhebenswerte Rekord wurde in Rheinland-Pfalz auch ohne den lobenswerten Beitrag der polnischen Partner erzielt, die sich mit 3.383 Jugendlichen beteiligten.

### Kreisverband Altenkirchen Besseres Recht

Das erste öffentliche Auftreten des Kreisverbandes war eine Überraschung: Rund 80 Menschen interessierten sich für „Bürokratieabbau und bessere Rechtsetzung in Eu-

ropa“, die nicht mit Deregulierung zu verwechseln sei. Die Kommission prüfe nach ihrem Vertreter Cavan O'Connor-Close gründlich das Kosten-Nutzen-Verhältnis des Verwaltungsaufwandes für bestehende und kommende Gesetze, was zu Einsparungen in Milliardenhöhe führe. Allerdings seien rund 60 Prozent des Verwaltungsaufwandes national bedingt und die restlichen 40 Prozent entstünden größtenteils auch, wenn es die EU nicht gäbe. Vorsitzender Dr. Schulte nahm Neubeitritte entgegen.

### Kreisverband Zweibrücken

### Neuer Aufbruch

Der Reformvertrag werde der EU mehr Handlungsfähigkeit, Bürgernähe und Transparenz ermöglichen, stellte das Geschäftsführende Landesvorstandsmitglied Manfred Däuwel vor gut besuchter Mitgliederversammlung fest, in der er Rudolf Glahn, Lothar Hurth, Annelotte Reichling, Manfred Rockstroh und Willi Schmidt mit der silbernen Ehrennadel auszeichnete. Sie sind mit Klaus Hemmer, Wolfgang Neumüller, Kurt Wilhelm und Peter Wolfgang Zeugen einer Epoche, wie sie Europa bisher nicht kannte.

### Kreisverband Worms Tagesseminar

Fazit eines gut besuchten Tagesseminars, in dem Prof. Siegm



*Beim traditionellen Neujahrsempfang des Kreisverbandes Koblenz im historischen Ratssaal wünschte Oberbürgermeister Dr. Schulte-Wissermann Europa eine friedliche und gedeihliche Zukunft. Vorsitzender Pieper ließ die Ereignisse des abgelaufenen Jahres Revue passieren. Wenn auch das transatlantische Bündnis beiderseits des Atlantiks nach MdB Elke Hoff weiterhin als Wertegemeinschaft verstanden werde, so gäbe es doch erhebliche Unterschiede in deren Umsetzung. Die EU müsse größere Geschlossenheit im Handeln zeigen und Deutschland ein größeres Engagement für zielgerichtete Ausrüstung der Bundeswehr für globale Einsätze*  
Bild: Privat

Schmidt den Lissabon-Vertrag behandelte, war die Feststellung, dass der Europa-Gedanke noch längst nicht genügend die Basis erreicht habe und Europa eine Seele gegeben werden müsse.

Verantwortlich: Manfred H. Däuwel



*Optimale Bedingungen findet die Landesjury Europäischer Wettbewerb im Wildpark-Hotel Bad Marienberg. Im Bild die Jurorinnen für die Grundschule.*  
Bild: Marc Golon

## Mecklenburg-Vorpommern

### Kein Platz für rechtes Gedankengut

Vor einigen Wochen führte der Landesverband in Neubrandenburg eine gut besuchte Tagung unter dem Titel „Europa heute und morgen: Rechtsextremismus – eine Herausforderung für die Demokratie“ durch. Mit interessanten, oft leidenschaftlichen Beiträgen, forderten die Referenten auch die Zuhörer zur Stellungnahme heraus. Stellvertretender Landesvorsitzender Prof. Dr. Joachim Gasielki widmete sich in seinem Referat „Europa und die Europäische Union in rechtsextremem Ideologie“ der übergreifenden Einordnung des Themas.

#### NPD im Alltag entlarven

Fritz W. Rabe, Pastor i.R., warf nachdenkswerte Fragen zur demokratischen Kultur bzw. zur Kultur der Demokratie auf.

Die 1. Vizepräsidentin des Landtages von Mecklenburg-Vorpommern, Renate Holznagel MdL, analysierte die gegenwärtige Situation im Landtag und forderte dazu auf, das wahre Gesicht der NPD im Alltag zu entlarven. Darauf bezogen sich die Beiträge von Wilfried Maschke von der Kriminalpolizeiinspektion Neubrandenburg und Dietrich Daedelow, Bürgermeister in Galenbeck und Amtsvorsteher in Friedland. Letzterer ging besonders auf die Ursachen ein, die rechtsextremen demagogischen und populistischen Einflüssen Raum geben.

#### Demokratie lernen

In der Diskussion spielte vor allem die Erkenntnis eine Rolle, dass Demokratie „gelernt“ werden muss und dazu eine weitere Ausprägung politischer Bildung und demokratischer Kultur erforderlich ist. Wie aktuell die Auseinandersetzung mit rechtsextremen Gedankengut ist, zeigte unmit-

telbar vor dem Internationalen Frauentag ein Antrag der NPD im Landtag „Sämtliche ‚Gender-Mainstreaming‘-Programme einstellen – Familie fördern“. Die Begründung für den Antrag ist haarsträubend.

Am 8. März war der Landesverband mit etwa 50 Frauen und Männern über Gleichberechtigung beider Geschlechter im Gespräch.

*Verantwortlich: Anke Deckert*

## Berlin

### Schulwettbewerb 2008 gut gestartet

Mit 7.000 Teilnehmern ist zwar die Zahl der Arbeiten zurückgegangen, wie auch die Zahl der Schüler insgesamt in unserer Stadt. Dabei ist die Anzahl der Schulen, die Jahr für Jahr teilnehmen, nach wie vor recht stabil. Es konnten fünf Schulen gewonnen werden, die erstmals Arbeiten für die Bewertung vorlegten. Damit wurde die Arbeit der Jury und der neuen Landesbeauftragten für den Wettbewerb, Sabine Brückner vom Oberstufenzentrum an der Haarlemer Straße in Neukölln, die die besten Arbeiten für die Auswertung auf Bundesebene auszusuchen hatten, keineswegs leichter. Nur ein bestimmter Prozentsatz kann weitergegeben werden, und da fällt die Entscheidung oft schwer.

Neben den sehr anspruchsvollen Arbeiten von Schülerinnen und Schülern der

Oberstufenzentren überraschen aber auch Arbeiten von Kindern, die mit einer Behinderung zu kämpfen haben. Die Bilder zeigen, wie ihr Form- und Farbgefühl gefördert und entwickelt wurde, und wir hoffen, dass auch von ihnen der eine oder andere zu den Bundessiegern gehören wird. Bei der Preisverleihung im Juni, zu der dann gesondert eingeladen wird, können die Arbeiten dann auch besichtigt werden. Bekanntlich hat der Wettbewerb in unserer Stadt nach wie vor einen hohen Stellenwert, was sich auch darin zeigt, dass regelmäßig der zuständige Senator oder sein Stellvertreter die Ehrung der Preisträger vornehmen. Aber nach wie vor sind auch wir als Europa-Union gefordert, denn der Erfolg des Wettbewerbes hängt in hohem Maße davon ab, dass ihn engagierte Lehrer unterstützen. Hier wäre es in der Zukunft vielleicht wichtig, dass unsere Mitglieder, deren Kinder noch zur Schule gehen oder die jüngere Geschwister haben, die ihnen bekannten Lehrer zur Teilnahme ermuntern.

*Verantwortlich: Maren Günther*



**Impressum**

**2/2008**

**EUROPA AKTIV –**

**Aktuelles aus Politik und Verbandsleben**

**Herausgeber:**

Europa-Union Deutschland e.V.  
Sophienstraße 28/29, 10178 Berlin  
Tel.: (030) 303 6201 30, Fax: (030) 303 6201 39  
E-Mail: [info@europa-union.de](mailto:info@europa-union.de)  
Internet: [www.europa-union.de](http://www.europa-union.de)

**Redaktion:**

Heinz-Wilhelm Schaumann (v. i. S. d. P.),  
Birgit Kößling

**Redaktionsanschrift:**

Hardtbergstraße 23a, 53507 Dernau/Ahr  
Tel.: (02643) 90 1604, Fax: (02643) 90 2552  
E-Mail: [redaktion@europa-aktiv.de](mailto:redaktion@europa-aktiv.de)

Annahmeschluss dieser Ausgabe: 10.03.2008.  
Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion oder des Verbandes sowie seiner Untergliederungen wieder. Für die inhaltliche und sprachliche Gestaltung der Berichte der Landesverbände sind unmittelbar diese selbst verantwortlich. Alle abgedruckten Texte und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt.

**Layout & Satz:**

Pegasos-Publikationen, Unkel  
Tel.: (02224) 792 23, Fax: (02224) 96 17 63  
E-Mail: [info@pegasos-publikationen.de](mailto:info@pegasos-publikationen.de)

**Druck:**

Raiffeisendruckerei GmbH, Neuwied  
Internet: <http://www.raiffeisendruckerei.de>

**Annahmeschluss Ausgabe 3/2008:**  
25. Mai 2008